NACHRICHTEN
Österreich
29. März 2025

Hunderttausende protestieren in Istanbul gegen Erdogans Repressionen

In Istanbul demonstrieren Hunderttausende gegen Erdogans Regierung nach der Inhaftierung von Bürgermeister Imamoglu.

Istanbul, Türkei - Am Samstag fanden in der Türkei flächendeckende Proteste der Opposition gegen die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan statt. Hunderttausende Menschen versammelten sich auf der asiatischen Seite von Istanbul, um gegen die Inhaftierung des Istanbuler Bürgermeisters Ekrem Imamoglu zu demonstrieren. Die Demonstranten forderten den Erhalt der Demokratie in der Türkei. Özgur Özel, der Chef der größten Oppositionspartei CHP, gab an, dass mehr als zwei Millionen Teilnehmer an den Protesten teilnahmen. Diese Proteste sind die größte Mobilisierung seit längerem und sind ein Zeichen des Widerstands gegen das autoritäre Regime Erdogans.

Die Proteste, die seit Freitag bereits zum zehnten Mal in mehreren Städten stattfanden, wurden unter dem Motto „Für die Demokratie“ organisiert. Dabei forderte die CHP-Führung, die Proteste fortzusetzen, bis eine vorgezogene Präsidentschaftswahl angesetzt wird oder Imamoglu freigelassen wird. Der 53-jährige Imamoglu selbst äußerte in einem Gastbeitrag für die „New York Times“, dass die Türkei unter Erdogan zu einer „Republik der Angst“ geworden sei. Seine Festnahme steht im Kontext von nachfolgendem Unmut, der bereits in den letzten Jahren zugenommen hat.

Landesweite Proteste und gesellschaftliche

Frustration

Die Proteste wurden vor allem von jungen Menschen getragen, die auch Vorlesungen an Universitäten boykottieren. Diese sind von Frustration über steigende Inflation, schlechte Jobchancen und eine sinkende Bildungsqualität geprägt. Im Februar lag die Inflation in der Türkei bei beinahe 40 Prozent, was zu einer massiven Abwertung der türkischen Lira führte. Trotz offizieller Demonstrationsverbote in mehreren Städten stehen die Menschen mutig auf und riskieren Haftstrafen. Mehr als 1.400 Personen wurden bereits festgenommen, darunter viele junge Erwachsene und sogar Minderjährige.

Die Opposition ruft zur Ausweitung der Proteste auf, nachdem die Festnahme Imamoglus, die am 19. März aufgrund von Korruptionsvorwürfen stattfand, weitreichende Wellen geschlagen hat. Politikwissenschaftler warnen, dass der Widerstand gegen Erdogans zunehmend autoritäre Politik ein langwieriger Kampf sein wird. Der Bürgermeister verbleibt zurzeit in Einzelhaft im Silivri-Hochsicherheitsgefängnis, während die Ermittlungen gegen ihn auch wegen angeblicher Terrorunterstützung laufen.

Repression und Widerstand

Die Reaktionen der Regierung auf die Proteste sind heftig, und die Polizei geht mit Gewalt gegen Demonstrierende vor. Über 100 Personen sind im Rahmen von Ermittlungen zur Festnahme Imamoglus ausgeschrieben. Zahlreiche Medienschaffende, die über die Proteste berichteten, wurden ebenfalls festgenommen. Der Kampf um die Pressefreiheit wird als zunehmend bedrohlich angesehen, da der Straftatbestand der Desinformation großzügig ausgelegt wird. Journalist Ismail Saymaz, der aufgrund älterer Aussagen im Zusammenhang mit den Gezi-Protesten von 2013 festgenommen wurde, ist nur eines von vielen Beispielen für die Repression gegen kritische Stimmen in der Türkei.

Asena Günal, Geschäftsführerin von Anadolu Kültür, sieht in den aktuellen Entwicklungen ein gezieltes Vorgehen Erdogans, um seine politischen Rivalen auszuschalten. Während die Frustration über die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen wächst, erwarten viele, dass die Repression gegen Oppositionelle weiterhin anhalten wird. Der Europarat und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fordern unterdessen die Freilassung von Osman Kavala, einem prominenten politischen Gefangenen.

Es bleibt abzuwarten, wie die Situation in der Türkei sich entwickeln wird und ob die Demonstrierenden in ihrer Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie weiter an Stärke gewinnen können. Die Proteste zeigen jedoch eindeutig den wachsenden Widerstand gegen Erdogans autoritäre Politik und die Dringlichkeit, die politischen Freiheiten zu verteidigen.

Für aktuelle Informationen zu den Protesten und der politischen Lage in der Türkei sind weitere Entwicklungen entscheidend. Beobachter und Analysten bleiben besorgt über die Unabhängigkeit des Justizsystems sowie die allgemeine Menschenrechtslage im Land.

Weitere Informationen zu den Protesten finden Sie auf **oe24**, **Frankenpost** und **Deutsche Welle**.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Inhaftierung des Bürgermeisters
Ort	Istanbul, Türkei
Festnahmen	1400
Quellen	• **www.oe24.at** • **www.frankenpost.de** • **www.dw.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at